

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verleger:
Riesner Verlag
Hauptstr. 22.
Postfach Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Großschalen, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa,
des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlichseits bestimmte Blatt.

Postfachamt
Dresden 1688.
Stadtkasse
Riesa Nr. 22.

Nr. 138.

Donnerstag, 16. Juni 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder nach Zahlung. Für den Fall des Eintritts von Beschlüssenänderungen, Erhöhungen des Abens und Materialpreises behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Bezugspreis für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Bestehen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Bezugspreis für die 88 zum Heft, 8 zum Heft Grundbesitz-Beilage (8 Seiten) 25. Geld-Pfennige; je nach Bedarf und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bestellungen sind rechtzeitig, wenn der Betrag vorläufig durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nützliche Unterhaltungsbeilage "Wagel" an der Seite. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Leseranten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Langens & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Göttestraße 25. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Der Reichstag gegen die geplante Portoerhöhung.

Die Mikstranensanträge vom Sächsischen Landtag abgelehnt.

Sächsischer Landtag.

(Dresden. Der Sächsische Landtag hat in seiner heutigen Sitzung sowohl den sozialdemokratischen Mikstranensantrag gegen Ministerpräsident Seibt, als auch den kommunistischen Antrag auf Auflösung des Landtages mit 49 gegen 48 Stimmen abgelehnt. Für die beiden Anträge stimmten nur die Kommunisten, die Linksozialisten und die beiden Nationalsozialisten.

Deutscher Reichstag. Die Regierung überstimmt.

nda. Berlin, 16. Juni 1927.

Der Reichstag beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit der geplanten Portoerhöhung. Die von den Regierungsparteien schon so oft abgelehnte Beratung der von der Opposition gegen die Portoerhöhung gestellten Anträge war nur dadurch möglich geworden, daß bei der Festlegung der Tagesordnung gestern die Regierungsparteien nicht hart genug vertreten waren, so daß der kommunistische Antrag auf Behandlung der Portofrage eine Mehrheit fand. Für die heutige Sitzung hatten die Regierungsparteien ein sonst immer wirksames Mittel angewandt, um ihre Initiative im Reichstag zu verhindern. Sie hatten nämlich namentlich die Abstimmung über ein von den Kommunisten gegen den Reichspostminister eingereichtes Mikstranensantrag beantragt. Auch heute aber blieben die Regierungsparteien mit 2 Stimmen in der Minderheit und mit 175 gegen 178 Stimmen wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der den Reichspostminister auffordert, seine Portoerhöhungsvorlage zurückzuziehen. Die Opposition nahm das Abstimmungsergebnis mit großem Jubel auf, aber die praktische Wirkung der Niederlage der Regierungsparteien ist zunächst noch nicht die Verhinderung der Portoerhöhung. In dieser Frage ist nämlich nicht der Reichstag, sondern der Verwaltungsrat der Reichspost zuständig. Der Reichstag kann allerdings mit dem Reichstag einer Verordnung, die die Portoerhöhung verbietet, widersprechen und in diesem Falle könnte es zu einer neuen Erörterung der Portofrage kommen.

Von den Sächsischen und mehreren deutschnationalen Abgeordneten ist ein Antrag eingegangen, der die Einleitung des Strafverfahrens gegen den sächsischen Abg. Gennung wegen Aufruf zur Steuerverweigerung verlangt.

Präsident Löbe reagierte auf den Antrag dem Geschäftsordnungs-Ausschuss zu überweisen. Abg. Dittmann (Soz.) der Vorsitzende des Geschäftsausschusses, weist darauf hin, daß entsprechend dem einstimmigen Beschluß des Ausschusses aus der Reichstag am 18. Mai einstimmig die Genehmigung zur Strafverfolgung erteilt habe, weil Abg. Gennung in einer Versammlung die Bauern aufgefordert hätte, die Steuerbeamten mit Dreifachein vom Hofe zu treiben. Der Staat möge sehen, wie er zu seinen Steuern kommt. Zwei Tage nach dem Reichstagsbeschluß habe Abg. Gennung in einem Brief an den Präsidenten diesen Beschluß als einen Tendenzbeschuß bezeichnet, der nur ergangen sei, weil er Abgeordneter der Opposition sei. Diese unerhörte Unterstellung, so erklärt Abg. Dittmann, müsse der Reichstag zurückweisen. Der Redner beantragt, ohne nochmalige Ausschüßberatung den Antrag abzulehnen.

Abg. v. Graefe (D.D.) verlangt die Beratung des Antrags im Ausschuss. Die gegen den Abg. Gennung erhobene Beschuldigung könne sich auf eine falsche Denunziation, deren Unwahrheit durch Zeugnisse bewiesen werden könne. Es sei nicht angebracht, die Immunität der Abgeordneten auf Grund solcher Denunziation aufzuheben.

Abg. Schöke (Komm.) tritt für Ausschussüberweisung des Antrags ein.

Abg. Dittmann (Soz.) bekräftigt, daß es sich um eine unwahre Denunziation handle.

Der Antrag wird gegen Sozialdemokraten und einige Demokraten dem Geschäftsausschuss überweisen.

Obne Aussprache werden dann in allen drei Beschlüssen genehmigt das deutsch-französische Abkommen über Grenzbeschränkung, der deutsch-italienische Grenzschutz- und Grenzbeschränkung und das deutsch-schweizerische Grenzschutzabkommen.

Die Rechnungsüberprüfung für 1924-1927 wird dem Rechnungsausschuss überweisen.

Auf der Tagesordnung stehen dann eine demokratische Interpellation und ein kommunistischer Antrag, die sich

gegen die geplante Portoerhöhung

richten, außerdem ein aus dem gleichen Anlaß gegen den Reichspostminister Dr. Schökel gestelltes Mikstranensantrag.

Abg. Loraker (Komm.) begründet den kommunistischen Antrag. Der Minister und sein Vorgänger hätten die Reichspost als eine Kulturanstalt bezeichnet. Minister Dr. Schökel wolle jetzt mit seiner Portoerhöhung aus der Post eine Profitanstalt machen. Er hole aus den Beamten das Beste heraus und lasse die Arbeiter zurück. Dr. Schökel

habe bei seinem Amtsantritt die Notwendigkeit einer Portoerhöhung verneint. Diese Notwendigkeit bestehe auch jetzt nicht. Der Plan einer fünfprozentigen Portoerhöhung rechtfertige das stärkste Mikstrauen des Reichstags gegen den Minister.

Abg. Dr. Feid (D.D.) beantragt, den Reichspostminister herbeizurufen. — Der Antrag wird gegen die Sächsischen und Kommunisten abgelehnt.

Abg. Dr. Meißner (Dem.) weist darauf hin, daß der Reichstag in Fragen der Portoerhöhung nicht zuständig sei. Die Frage schneide aber so tief in das Wirtschaftsleben ein, daß an einem Votum des Reichstags auch der Verwaltungsrat der Reichspost vorbeigehen könnten. Weiter betont der Redner, das englische Porto sei nicht höher als das deutsche, da es für einen Brief von 50 Gramm und für die ganze Welt gelte. In den Vereinigten Staaten koste der Brief nur 24 Pfennig (Soll, hört!), obwohl dort die Pötte und Preise viel höher seien als bei uns. Kein Mensch könne sich vorstellen, welche Folgen die Portoerhöhung haben könne. Es sei unverständlich, daß der Minister eine Auslandsanleihe nicht aufnehmen wolle. Das Auslandskapital finde auch so seinen Weg nach Deutschland. Im gegenwärtigen Moment sei jedenfalls eine Portoerhöhung nicht erforderlich.

Abg. Laubach erklärt, der Verwaltungsrat der Reichspost sollte sich hüten, gegen den Willen großer Reichsparteien die neue schwere Belastung vorzunehmen. Eine Notwendigkeit für die Erhöhung sei nicht zu erkennen. Auch die Erhöhung der Beamtengehälter dürfe nicht auf dem Wege über eine solche Verteuerung der Gebühren erfolgen. Wenn man den Weg der Auslandsanleihe gehe und die vorhandenen Reserven heranziehe, wäre eine Erhöhung der Gebühren schon ab 1. April d. J. rückwirkend durchzuführen. Der wesentliche Grund für die Gebührenerhöhung sei zweifellos, daß man das Loch im Reichsäckel stopfen wolle, das durch die finanzielle Mikwirtschaft unter Führung der Deutschnationalen entstanden sei. Diesen Weg könne die Sozialdemokratie nicht mitgehen.

Reichspostminister Dr. Schökel:

Ich habe dem Reichstag die Finanzlage der Reichspost wiederholt als gesund, aber gespannt, dargestellt. Ich habe im Ausschuss auch gesagt, daß nur durch Erhöhung der Einnahmen die schwierige Lage behoben werden kann. Mit der hohen Anteilspostteile komme man nicht weiter. Im Plenum habe ich auch gesagt, wir müßten es der Zeit überlassen, ob eine Gebührenerhöhung notwendig sei. Ich habe auch darauf hingewiesen, daß das Bedürfnis-Porto dem jetzigen Geldwert nicht mehr entspricht und nur einen Wert von 5-8 Pfennig darstelle, der den von der Post aufgewandten Kosten kaum entspreche. Die Finanzlage der Post hat sich inzwischen verschärft. Eine Auslandsanleihe halte ich wegen der Gefahr der Ueberfremdung des Reichsvermögens für national bedenklich. Durch die Verbesserungen der Aufstellung und technische Verbesserungen anderer Art erwachsen der Post Mehrausgaben von 70 Millionen. Dazu kommen durch die Erhöhung der Beamtenbezahlung, deren Zeitpunkt noch offen ist, die aber voraussichtlich noch in diesem Jahre in Aussicht genommen ist (Rufe links: Vorausschick!) 100 Millionen Mehrausgaben, im ganzen also 170 Millionen. Durch die Gebührenerhöhungen in der vom Verwaltungsrat gemittelten Form werden nur 200 Millionen Mehreinnahmen erzielt, so daß noch 200 Millionen durch andere Maßnahmen gedeckt werden müssen. Wenn die Post nach der Stabilisierung bei dem 10 Pfennig-Porto blieb, so hat sie damit wesentlich zur Sicherung der Währung beigetragen, wofür ihr leider niemals Anerkennung gezollt worden ist. Sie hat im Volke den schämen Traura genährt, daß die Lohnsumme tatsächlich 10 Pfennig wert sei, obwohl das eine objektive Unwahrheit ist. Diese Entlastung der Wirtschaft hat die Reichspost in die unglückliche Finanzlage hineingebacht. Es wäre ein bitteres Unrecht, wenn die deutsche Wirtschaft der Reichspost einen Vorwurf aus der Portoerhöhung machen wollte. Wer in der deutschen Wirtschaft heute keine Preise nicht erhöht hat, der werfe den ersten Stein auf die Reichspost. Das Geipenß der Inflation braucht wegen der Gebührenerhöhung nicht heraufbeschworen zu werden. Die Reichspost hat ihre Ausgaben nach Möglichkeit eingeschränkt. Sie hat im Personalabbau mit 25 Prozent die Höchstleistung unter allen Verwaltungen erreicht. Ich kann auch versichern, daß wir den ersten Willen haben, eine Reform der Fernspreckgebühren im Sinne einer Entlastung der Wirtschaft durchzuführen. Das Reichspost-Finanzgesetz schreibt den Weg vor, auf dem die Gebührenerhöhung vorzunehmen ist. Das Ministerium hat sich durchaus an das Postfinanzgesetz gehalten.

Abg. Feid (Bayer. Vp.) gibt für sämtliche Regierungsparteien eine Erklärung ab, in der betont wird, daß nach dem Reichspost-Finanzgesetz der Reichstag für Fragen der Portoerhöhung unzuständig sei. Darum würden die Regierungsparteien die gestellten Anträge ablehnen, obwohl sie nicht die schwere Belastung verkennen, die der Wirtschaft durch die Portoerhöhung zugefügt wird. Im übrigen beugen die Regierungsparteien die Erwartung, daß baldigst eine Reform der Fernspreckgebühren, mit einer Entlastung der Wirtschaft, durchgeführt wird.

Abg. Meißner (D. Vp.) bedauert die kurze Erklärung der Regierungsparteien. So leicht (Heiterkeit) komme man

über die Sache nicht hinweg. Die Wirtschaftspartei habe sich nicht an den Mikstranensanträgen der verschiedenen Parteien zur Verbesserung der postalischen Anlagen beteiligt, durch die die hohen Mehrausgaben bei der Post entstanden sind. Die Finanzwirtschaft der Post sei sehr reformbedürftig. Die Post dürfe nicht große Darlehen erben, wenn sie keine Ueberschüsse hat. Die Portoerhöhung wirke auf einen großen Teil der Wirtschaft geradezu katastrophal. Allein für die Gemeindeverwaltung Berlin würde sich die Korrespondenz um 200 000 Mark im Jahr verteuern. Viele wichtige Handelsbetriebe des Handwerks würden bei der Portoerhöhung ihr Erhalten aufgeben müssen. Die Wirtschaftspartei könne der Vorlage des Postministeriums nicht zustimmen. Bezeichnend sei es, daß der „Bayerische Kurier“, das Organ der Bayerischen Volkspartei, sich in schärfster Weise gegen die geplante Portoerhöhung wendet und die Vertreter der Bayerischen Volkspartei im Reichstag zum energetischen Kampf gegen den Postminister auffordert. Abg. Feid habe diesen energetischen Kampf nicht geführt, aber in Bayern werde von den Führern seiner Partei in schärfster Weise gegen die von ihm vertretene Politik agitiert. Der deutsche Mittelstand sei nicht in der Lage, die neuen schweren Lasten zu tragen, die ihm bei der Abwälzung der Portoerhöhung aufgebürdet werden.

Abg. Dietrich-Branke (Nat.-Vsp.) weist darauf hin, daß Organe der Regierungsparteien sich nicht gegen die Portoerhöhung wenden, während die Parteien selbst dem Minister Gehorsam leisten. Damit treue man dem Volk Land in die Augen. Der Redner lehnt die Gebührenerhöhung ab. Die Nationalsozialisten würden ihre Zustimmung zu dem Mikstranensantrag davon abhängig machen, ob tatsächlich aus der Post in den Dienst des Landeswesens gestellt werden soll und darin der Grund für die Gebührenerhöhung liege.

Abg. Gennung (D.D.) spricht sich ablehnend gegen die Portoerhöhung aus. Dem Mikstranensantrag gegen den Minister würden die Sächsischen nicht zustimmen, denn die Schuld treffe nicht den Minister allein, sondern das ganze Kabinett.

Reichspostminister Dr. Schökel beantwortet die Frage des Abg. Dietrich dahin: Von einem Plan, die Reichspost zu Reparationsleistungen heranzuziehen, ist weder mir, noch irgend einem Mitglied des Reichskabinetts etwas bekannt. Es besteht auch von Regierungseite keine derartige Absicht. Damit schließt die Aussprache.

Nach einem Schlußwort des Abg. Loraker (Komm.) wird im Plenum die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag auf Zurückziehung der Portoerhöhungsvorlage mit 175 gegen 173 Stimmen angenommen. — Das Ergebnis der Abstimmung wird von den Oppositionsparteien mit lauten Rufegebungen begrüßt.

In der dann folgenden namentlichen Abstimmung über den kommunistischen Mikstranensantrag gegen den Reichspostminister stimmen für den Antrag nur die Kommunisten. Die Sozialdemokraten lehnen den Antrag ab mit der vorher gegebenen Begründung, daß sie die Warte solcher Mikstranensanträge nicht durch fortwährende Wiederholung abstimmen lassen wollen. Der Stimme enthalten sich die Sächsischen, während die Nationalsozialisten gegen den Antrag stimmen.

Der Mikstranensantrag wird mit 27 gegen 35 Stimmen bei drei Stimmenthaltenen abgelehnt.

Das Haus vertagt sich um 10 1/2 Uhr auf Freitag, 15 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen das Schenkstätten-Gesetz, das Kriegsgeräte-Gesetz, die Novelle zur Sämereiverordnung und kleinere Vorlagen.

Berlin. (Funknach.) Der interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien des Reichstages wird an dem heutigen tagungsfreien Tage nachmittags wiederum zusammentreten, um sich noch einmal mit den Sozialisten zu beschäftigen, über die bisher noch keine Uebereinkunft erzielt werden konnte. Nach der bisherigen Stimmung dürfte, wie das Nachrichtenbüro des B.D.S. aus parlamentarischen Kreisen hört, lebhaft eine kurzfristige Verlängerung des bisherigen Posttarifs in Frage kommen, jedoch ist eine Entscheidung darüber noch nicht gefäkt.

Die Frage der Beamtenbezüge.

(Berlin. Nachdem die Beamtenverbände sämtlicher Fraktionen des Reichstages ihre Forderung nach einer möglichst umgehenden Zwischenlösung der Beamtenbezahlung haben zugehen lassen, hat die Reichsregierung den Vertretern der Beamten mitgeteilt, daß sie bereit sei, nach im Laufe dieser Woche eine Besprechung mit den Spitzenverbänden anzubahnen, um die Wünsche der Beamtenchaft entgegenzunehmen. Gestern abend dielten alle Beamtenverbände interne Beratungen ab, um die Wünsche zu formulieren.

Dank des Reichspräsidenten an Anhalt.

(Berlin. Der Herr Reichspräsident hat in herzlich gehaltenen Schreiben dem Ministerpräsidenten des Landes Anhalt sowie dem Bürgermeister der Stadt Dessau seinen Dank für die freundliche Aufnahme ausgesprochen, die er in der Stadt Dessau wie im Lande Anhalt bei seinem geistigen Besuch allenthalben gefunden hat.